

Professor Dr. Günter Buchholz:

Der Freitags**brief - Rückblick auf 2018 und mehr Ausgewählte Links der Woche**

Gesammelte, kommentierte, wöchentliche Verweise der [Frankfurter Erklärung](#) auf aktuelle Nachrichten.

In der bereits dritten Woche des Jahres 2019 gibt es Verweise auf den Rückblick auf 2018.

Bei meinem **Freitag**s**brief** handelt es sich um eine **Auswahl aus [dem Medienspiegel](#)** der **[Frankfurter Erklärung zur Gleichstellungspolitik](#)**, aber jene Erklärung steht mit ihrem besonderen Zweck ganz für sich. Es gibt eine Liste von Unterzeichnern, aber diese steht in keinerlei Zusammenhang mit dem Medienspiegel.

Im **Medienspiegel** werden täglich Nachrichten aufgegriffen, und manche werden kommentiert.

Der Freitag**s**brief stellt eine Auswahl aus dem Medienspiegel der jeweils vergangenen Woche dar, wobei **der mündige Leser** vorausgesetzt wird.

Daher identifiziere ich mich nicht mit allem, was hier als wöchentliche Auswahl gebracht wird.

Zwar bilde ich mir eine möglichst gut begründete Meinung, weiß aber um meine Fähigkeit zum Irrtum, so wie sie für alle Menschen gegeben ist. Deshalb ist mir begründete Kritik immer willkommen, denn sie ist das Mittel, um Denk- oder Sachfehler zu erkennen und zu beseitigen. Eine Erläuterung

Ein Rückblick auf das Jahr 2018

[Medien, Zensur und Manipulation](#)

Beiträge zu einem Archiv der Gegenwart

Ich freue mich sehr darüber, hier einen Text von Gunnar mit-veröffentlichen zu können, der ein Teil seiner Serie zum Rückblick auf das letzte Jahr ist - zu finden in Gunnars Blog Alternativlos-Aquarium. Diese Serie an Rückblicken zu unterschiedlichen Themen setzt sich zusammen zu einem Archiv der Gegenwart, das es (...)

[Der gesamte Jahrgang 2018 des Freitagbriefes](#)

UN-Migrationspakt

[Wie eine Unwahrheit sich selbst entlarvt](#)

Merkel will, dass dieser Migrationspakt als vertragliche Abrede künftig die Politik bestimmt. Und als solches das Recht prägt. Erst als Soft Law, dann als Richtschnur vor den verhandelnden Gerichten, am Ende als verbrieftes

Menschenrecht. Sie sagte es in Marrakesch.

Politik

Klammheimliche Freude?

Zahl und Art der klammheimlichen Freude und Genugtuung über das Bremer Attentat sind verstörend.

Ich beschränke mich hier auf den im Video sichtbar gemachten Tathergang, dessen Folgen wir hier sehen: (...)

[Bild - heftig]

Der Streit um eine deutsche Kita-Broschüre kommt vor Gericht

Selbst für das hitzige Meinungsklima in Deutschland ist es ungewöhnlich, dass eine Kita-Broschüre eine bundesweite Debatte entfacht. Der mit harten Bandagen geführte Konflikt um das von der Amadeu-Antonio-Stiftung herausgegebene Heft hat nun ein juristisches Nachspiel. Die Broschüre befasst sich mit Extremismus und Diskriminierung in Kitas und gibt Hinweise für das pädagogische Personal, wie sich rechtsextreme Eltern identifizieren lassen. Der Berliner CDU-Politiker Falko Liecke gab im November zu bedenken, dass es nicht zu den Aufgaben von Erziehern gehöre, die politische Gesinnung der Eltern zu überprüfen.(...)

Die Causa steht exemplarisch für den seit Jahren schwelenden Konflikt um die Stiftung, die von der ehemaligen Stasi-Mitarbeiterin Anetta Kahane geleitet wird. Dem Selbstverständnis nach hat sich die Stiftung dem Kampf gegen Rassismus, Rechtsextremismus und Antisemitismus verschrieben. Allerdings werden dabei manchmal auch völlig legitime politische Positionen attackiert. So wollte die Stiftung etwa im Jahr 2016 auf einer eigens eingerichteten Website über die sogenannte Neue Rechte informieren. Neben den Namen tatsächlich extremistischer Parteien, wie der NPD, tauchte auf der Website auch die CDU auf. Deren damaliger Generalsekretär Peter Tauber sprach von einer «bodenlosen Frechheit». Die Seite wurde bald vom Netz genommen.(...)

Volksparteien: Selbsttötung per Fraktionszwang

Der Niedergang der klassischen Volksparteien ist unaufhaltsam

In Deutschland sterben nach und nach die klassischen Volksparteien. So wie im restlichen Europa auch. Ihr nachhaltiges Siechtum hat gleichermaßen die politischen Parteien der Mitte-Links wie der Mitte-Rechts erfasst. Seit etwa den 1960er Jahren herrschten in ganz Westeuropa die Volksparteien. Schon das 21. Jahrhundert wird nicht mehr das Zeitalter der Volksparteien sein. Doch was tritt an ihre Stelle?

3-teilige Artikelserie

„Ich bin überhaupt nicht für die Beobachtung der Linken“

Alexander Gauland: AfD-Chef nennt Belege des Verfassungsschutzes töricht

Nachdem der Verfassungsschutz die AfD als Prüffall eingestuft hat, wehrt sich ihr Vorsitzender Alexander Gauland. In jeder Partei gebe es „dumme Äußerungen“.

[Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht: Wer steckte hinter dem Mordbefehl?](#)

Heute vor hundert Jahren wurden sie ermordet: Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht. Am 15. Januar 1919 wurden sie festgenommen, ins Berliner Eden-Hotel gebracht, dort verhört und dabei schwer misshandelt. Dann wurde beschlossen, sie umzubringen. Es sollte nach einer spontanen Tat Unbekannter aussehen. Beide wurden mit Autos abtransportiert. Luxemburg wurde bereits beim Verlassen des Hotels mit einem Gewehrkolben bewusstlos geschlagen, Liebknecht sobald er im Fahrzeug saß, das in den Tiergarten fuhr. Dort wurde er aus dem Auto geführt und nach wenigen Metern aus nächster Nähe von hinten erschossen. Die bewusstlose Luxemburg wurde in einen bereitstehenden Wagen geworfen und während der Fahrt mit einem aufgesetzten Schläfenschuss erschossen. Ihre Leiche warf man in den Berliner Landwehrkanal. Doch wer steckte hinter dem Mordbefehl?

[Zurück zum ABC des Menschseins?](#)

Der von der Natur emanzipierte, kulturell entwurzelte und auf Konsum fixierte Zeitgenosse scheint nicht in der Lage zu sein, auf den drohenden demographischen Kollaps zu reagieren.

Kommentar GB:

Dringende Leseempfehlung!

[Konjunkturabschwung - Deutschland vor dem Absturz](#)

Dem einstigen Superstar Deutschland drohen der wirtschaftliche Absturz und damit schwere gesellschaftliche Konflikte. Doch die Politik ignoriert diese Gefahr. In einer sich immer weiter aufheizenden politischen Atmosphäre bricht nun die deutsche Konjunktur ein. Nach der jahrelangen kalten Enteignung ihrer Sparvermögen durch die Niedrigzinspolitik der Europäischen Zentralbank

drohen den Bürgern im neuen Jahr nun auch noch Arbeitsplatzverluste und damit ein weiterer sozialer Abstieg. All das geschieht in einer Phase, in der die Herausforderungen der Masseneinwanderung seit 2015 noch lange nicht bewältigt sind. Und unter sich verschlechternden wirtschaftlichen und sozialen Rahmenbedingungen dürften sich die darüber ausgebrochenen Konflikte eher noch verschärfen. Dafür sorgen die zunehmende Konkurrenz in den unteren Einkommensgruppen, die wachsende Perspektivlosigkeit und Enttäuschung unter vielen Zuwanderern sowie die Abstiegsängste der deutschen Mittelschicht. (...)

Internationale Politik

Krisen und Kriege - als Lebenszeichen des Imperialismus - Suche nach Alternativen

Warum die deutsche Politik weiterhin gefährlich ist und wie der US-Imperialismus mit Ländern umgeht, die eigene Wege suchen, damit hat sich die internationale Rosa-Luxemburg-Konferenz am Samstag in Berlin beschäftigt. Experten und Kapitalismuskritiker haben dabei klare und radikale Vorschläge unterbreitet, wie die Probleme gelöst werden können. (...)

EU und der Brexit

Den Briten Zugeständnisse machen oder hart bleiben? - Ein Pro und Contra

Der Brexit-Deal ist im britischen Parlament gescheitert. Sollte die EU den Briten jetzt entgegenkommen - oder kann sie einfach nichts tun?

Die pakistanische Armee hat gewonnen

Die Gewinner des Abzugs amerikanischer Truppen aus Afghanistan sind die pakistanischen Generäle - erfolgreich haben sie die USA an der Nase herumgeführt.

Zwei Tage nach dem Fall der Türme des World Trade Centers änderte sich auch die Welt für die pakistanischen Generäle. Nur wegen ihrer militärischen und finanziellen Hilfe war es möglich, dass sich das grausame Taliban-Regime so lange an der Macht halten konnte - trotz völliger Inkompetenz, ein Land zu regieren. (...)

Nach den «Gelben Westen» kommen die «Roten Stifte»

Über 60'000 französische Lehrpersonen vernetzen sich in der Gruppe der «Roten Stifte» und verleihen ihren Forderungen Gewicht.

Sozialbetrug? Deutschland zahlt 402 Millionen Euro Kindergeld ins Ausland

Im Jahr 2018 hat der deutsche Staat 402 Millionen Euro an Kindergeld ins europäische Ausland überwiesen und somit 17 Prozent mehr als im Vorjahr, wie aus der Statistik der Familienkasse für 2018 hervorgeht. Das vor allem nach Polen, Rumänien und Tschechien geflossene Geld scheint an der Ausbeutung des Sozialsystems teilzuhaben.

„EU ist krank an Kopf und Gliedern“ - AfD will EU-Parlament abschaffen

Ein Austritt sei notwendig, sollte die EU nicht „in angemessener Zeit“ reformiert

werde, heißt es im Programm der AfD für die Europawahl.

Kommentar GB:

Lesenswert! Hervorzuheben ist:

(...) „Überraschend setzte sich im Anschluss ein Antrag durch, das EU-Parlament ersatzlos abzuschaffen. Begründet wurde dies damit, dass das Parlament „mit seinen derzeit privilegierten 751 Abgeordneten“ undemokratisch sei.

„Die Rechtsetzungskompetenz sehen wir ausschließlich bei den Nationalstaaten,,“ heißt es im Programm weiter.

Befürwortet wird aber eine intensivere Zusammenarbeit der Mitgliedsländer sowie der Abschluss multilateraler Staatsverträge. (...)

»Die Bürger wollen, dass ihre nationalen Interessen vertreten werden«

Beatrix von Storch: Aus einer Interessensgemeinschaft muss man auch austreten können

Die EU ist eine Interessensgemeinschaft, erklärte Beatrix von Storch in der ARD-Sendung »Hart aber fair«, und aus einer Interessensgemeinschaft muss man auch austreten können. Die Briten durften immerhin darüber abstimmen, die Deutschen nicht.

Deswegen zerbrechen EU und Euro - Wirtschaftsexperten wagen Prognose

Die Wirtschaftsexperten und selbsternannten „Querdenker“ Marc Friedrich und Matthias Weik erklären in einem aktuellen Vortrag, warum ihrer Meinung nach der Euro und die Europäische Union bereits gescheitert sind. Das Video dazu

haben sie auf YouTube veröffentlicht.

[Iran. Woher kommen die Stimmen für Mahmud Ahmadinejad?](#)

Zur Zeit der letzten Volkszählung, vom 25. Oktober 2006, hat der Iran 70 495 782 Einwohner, inzwischen sind es mehr als 71 Millionen, davon Zweidrittel jünger als 30 Jahre, knapp 48 Millionen. Die Arbeitslosigkeit unter den Jugendlichen von 15 bis 29 Jahren beträgt ein Jahr vor dem Ende der Präsidentschaft von Mohammed Khatami (August 2, 1997 to August 3, 2005) 31 Prozent, für die nächsten zwei Jahre prognostiziert der Bericht einer von der Management and Planning Organization der Regierung eingesetzten Kommission, daß bei anhaltender Arbeitslosenquote von 13,2 Prozent in den nächsten zwei Jahren die Arbeitslosigkeit unter Jugendlichen von 15 bis 29 Jahren auf 52 Prozent ansteigen werde. (...)

Islam/Migration

[Malaysia lässt keine israelischen Sportlerinnen und Sportler einreisen](#)

Wie groß muss der Hass sein?

Die malaysische Regierung hat beschlossen, Sportlerinnen und Sportler aus

Israel von allen Sportwettbewerben im Land auszuschließen. Der malaysische Außenminister Abdullah Saifuddin erklärt, keine Veranstaltungen mit israelischer Beteiligung auszurichten, um „den festen Standpunkt in der israelischen Frage widerzuspiegeln“. (...)

Der staatliche Deckungsschutz für den Islam muss überwunden werden

Nach Ansicht der Landesregierung NRW als Teil der herrschenden politischen Klasse in Deutschland soll uns das folgende proislamische Willkürdiktat aufgezwungen werden: Öffentliche Massengebete von Muslimen habe die nichtmuslimische Bevölkerungsmehrheit zu ertragen. Diese seien von der Freiheit der Religionsausübung gedeckt.

„Das gemeinsame Beten größerer Gruppen in der Öffentlichkeit ist unter die Betätigung im Rahmen der Religionsausübungsfreiheit des Artikel 4 Absatz 2 Grundgesetz zu fassen. Regelmäßig kommt diesem keine Versammlungsqualität zu.“¹

Genau dieses politisch-juristische Staatsdogma, dem Islam als grund- und menschenrechtswidriger Weltanschauung den Deckungsschutz von Artikel 4 Absatz 2 GG überzustülpen und damit die Ausbreitung islamischer Herrschaftskultur (...)

Was sind Dhimmis? - Gudrun Eussner erklärt

Im Artikel Dhimmis in islamischen Staaten von Gudrun Eussner erklärt sie was „Dhimmis“ im islamischen Sinn sind.

Zur Erklärung des Begriffes „Dhimmi“ müssen wir uns in die Zeit direkt nach Mohammeds Tod (632) und der Übernahme des neuen Glaubens durch die Bevölkerung der arabischen Halbinsel begeben. Von 638 bis 1683 erobert der Islam in Glaubenskriegen riesige Territorien in Afrika, Asien und Europa. Dort leben Völker mit eigener Religion und Kultur, mit eigener Sprache und

Zivilisation. Diese Völker bilden die große Mehrheit der Menschen in den vom Islam eroberten Ländern. Sie alle werden durch das islamische Gesetz, die Scharia, regiert. Diese ist laut islamischer Lehre allgemein und universal und besteht für alle Menschen und alle Zeiten. Sie ist unveränderlich. (...)

Dänemark - „In einer Generation hat sich unser Land verändert.“

„Die Entscheidung, die kriminellen Bewohner des Asylzentrums auf die unbewohnte Insel Lindholm zu schicken, sorgte in Bording für große Erleichterung - ein Element, das die internationale Presse offensichtlich nicht wahrgenommen hat. Offensichtlich zählt das Recht der gesetzestreuen Bürger, in Frieden zu leben, nicht viel auf dem Niveau der internationalen moralischen Empörung.

Bezeichnenderweise hat die empörte internationale Presse keine Antworten auf die berechtigte Frage gegeben, was Regierungen mit abgehärteten kriminellen Asylbewerbern tun sollen, die eine echte Bedrohung für ihre Umgebung darstellen und zur Abschiebung verurteilt wurden, aber wegen internationaler Menschenrechtsverpflichtungen nicht aus dem Land ausgeschafft werden können. (...)

Eine 8-jährige Braut

- Nachdem die Partei der Mullahs das Scharia-Recht im Iran durchgesetzt und es zum offiziellen, unanzweifelbaren Gesetz des Landes gemacht hatte, änderten die Behörden sofort das Alter der legalen Ehe auf 9 Jahre für Mädchen und 13 Jahre für Jungen. Nach 40 Jahren hat sich das auf der Scharia basierende Gesetz nicht geändert. (...)
- Nach offiziellen iranischen Statistiken finden dort jedes Jahr 180.000 Eheschließungen mit Kindern statt. Darüber hinaus wurde 2013 im Iran ein Gesetz verabschiedet, das es Männern erlaubt, ihre adoptierten Töchter zu heiraten. (...)

[Cem Özdemir über Ditib](#)

„Teil des Problems“ und „Lichtjahre von einer Anerkennung entfernt“: Der türkischstämmige Grünen-Abgeordnete Cem Özdemir lässt kein gutes Haar am „Neuanfang“ des umstrittenen Islam-Dachverbandes Ditib. Im gegenwärtigen Zustand gehöre Ditib nicht zu Deutschland. Ein Interview.

Kommentar GB:

Ich greife nur ein Zitat heraus, das für sich spricht:

(...) „Ditib ist eine Organisation, die versucht, die Politik von Erdogan und die türkisch-islamistische Synthese – einer Art Koalition von Ultra-Nationalisten und eine besonders reaktionäre Auslegung des sunnitischen Islams – zusammenzubringen. Schlimm genug, dass das in der Türkei passiert. Aber hier in Deutschland hat das nichts verloren. (...)“

[Die größte Christenverfolgung gibt es in der islamischen Welt](#)

Evangelischer Pfarrer erinnert an weltweite Christenverfolgung

In der »Welt« erinnert der evangelische Pfarrer Steffen Reiche an die weltweite Christenverfolgung. Das Thema sei zu wichtig und aktuell, als dass man darüber schweigen dürfe. Kaum eine Religionsgruppe werde weltweit so verfolgt wie die Christen.

[Prozess in Lübeck : Angeklagter gesteht mehrere Vergewaltigungen](#)

„Immer sonntags zwischen 5.30 und 6 Uhr hatte ein Mann nach Discobesuchen in Lübeck wahllos Frauen brutal angegriffen. Der Prozess gegen ihn hat mit einem Geständnis begonnen.“ (...) „Der Angeklagte lebt nach eigenen Angaben

seit 2015 mit seiner Frau und den beiden gemeinsamen Kindern in Lübeck. Ihr Asylantrag sei in Teilen abgelehnt worden, die Familie sei aber subsidiär schutzberechtigt, sagte einer der Verteidiger.“ (...)

Gegen Macron und Merkel: Victor Orbán will sein Land vor Massenmigration schützen

»Es wird zwei Zivilisationen in Europa geben - eine christliche und eine halb-islamische«

Victor Orbán ruft alle migrationskritischen Kräfte in Europa zur Zusammenarbeit auf. Gemeinsam müssen man der Migrationspolitik, wie sie Emmanuel Macron vorschwebt, entgegentreten. Er befürchtet eine Spaltung Europas in zwei Zivilisationen.

Newsletter der „Gesellschaft für wissenschaftliche Aufklärung und Menschenrechte e.V.“ vom 14.01.2019

(...) nach Ansicht der Landesregierung NRW als Teil der herrschenden politischen Klasse in Deutschland soll uns das folgende proislamische Willkürdiktat aufgezwungen werden: Öffentliche Massengebete von Muslimen habe die nichtmuslimische Bevölkerungsmehrheit zu ertragen. Diese seien von der Freiheit der Religionsausübung gedeckt.

„Das gemeinsame Beten größerer Gruppen in der Öffentlichkeit ist unter die Betätigung im Rahmen der Religionsausübungsfreiheit des Artikel 4 Absatz 2 Grundgesetz zu fassen. Regelmäßig kommt diesem keine Versammlungsqualität zu.“

Genau dieses politisch-juristische Staatsdogma, dem Islam als grund- und menschenrechtswidriger Weltanschauung den Deckungsschutz von Artikel 4 Absatz 2 GG überzustülpen und (...)

CDU-Frau und DiTiB-/ATIB-Sympathisantin wird Vize der Bundeszentrale für politische Bildung

Wenn sich **Cemile Giousouf** für türkische Ultranationalisten und Islamisten als ideale Anwältin zur Verfügung stellt, wenn sie dafür laut „taz“ „Türöffnerin“ ist, dann ist zu befürchten, dass sie in der bpb in diesem Sinne weiter agiert.

dazu: Islamisierung - Cemile Giousouf neue Vize-Chefin der bpb

Die umstrittene CDU-Politikerin Cemile Giousouf ist seit Montag als Vize-Chefin der Bundeszentrale für politische Bildung (bpb) im Amt. Die Personalie, die in CDU-Kreisen für kontroverse Diskussionen gesorgt hatte, wurde der Öffentlichkeit erst am Donnerstag mitgeteilt. Sigrid Herrmann-Marschall reagierte auf die Stellenbesetzung mit Entsetzen: „Als Demokrat kann man da nur besorgt und aufgebracht sein“, sagte die bekannte Islamismus-Expertin.

Kommentar H. K.:

Das ist ja nur - wie so vieles aus der täglichen Mosaiksammlung- die personalpolitische Spitze des umfassenden Islamisierungsprozesses als zentraler Bestandteil des globalkapitalistischen Umbauprojekts der westlichen, insbesondere kerneuropäischen Gesellschaften.

Man muss nur die wesentlichen Aspekte „zusammendenken“ (...)

Feminismus/Genderismus

[Gendergaga als Sprachdiktatur](#)

Die Durchsetzung der politisch korrekten Sprache wird an den Hochschulen in den Dienst einer vermeintlich guten Sache gestellt. Im Kern ist sie aber ein bürokratisches Projekt.

Kommentar GB:

Das folgende Zitat trifft den Kern des Phänomens, dessen Verursacherinnen es verdienen, alsbald auf dem Wege der verwaltungspraktischen Aufgabenkritik eliminiert zu werden:

„Die Sprachlenkung ist ein Spiegelbild des adakemisch-linksliberalen Milieus, dessen Liberalität immer dann in den Hintergrund tritt, wenn es um die vermeintlich gute Sache im Dienste der Volkserziehung geht: (...)“

[Wie Gendern unsere Sprache verhunzt](#)

[„Qualifikation statt Quote“](#)

Interview mit Günter Buchholz

Warum Gleichstellung im Widerspruch zum Grundgesetz steht und Männer durch Aushebelung des Leistungsprinzips diskriminiert.

[SPD will Frauenprivilegierung durch Wahlrechtsänderung](#)

Ministerpräsident als echter Europäer und Frauenverstehher

„So harmonisch es während der Tagung auch zugegangen sein mag, ein Thema zeichnet sich ab, bei dem Weil und Althusmann dann doch auseinanderliegen. Es

geht um die Frauen. Weil bekräftigte seine Forderung nach mehr Frauen in den politischen Parlamenten und bezeichnete die aktuelle Situation als unbefriedigend. Er könne sich an dieser Stelle sehr gut eine gesetzliche Regelung vorstellen. Dies sei zwar kein Teil der Koalitionsvereinbarung, „aber ich würde mich sehr freuen, wenn wir uns darauf in Niedersachsen verständigen könnten und eine Vorreiterrolle einnehmen würden.“

Althusmann reagiert darauf zwar nicht „verschnupft“, aber zurückhaltend: „Die Gewinnung von Frauen für politische Ämter ist uns ein besonderes Anliegen. Aber ich weiß nicht, ob wir wirklich alles gesetzlich regeln müssen.“ Hier gibt es offenbar noch Gesprächsbedarf.“

Kommentar GB:

Die SPD macht Fehler über Fehler, erwartungsgemäß, und auch dieses hier ist einer. Denn warum sollte ein normaler deutscher Mann, ein Normalwähler also, eine Partei wählen, die alles gegen seine Interessen tut was ihr nur möglich ist? (...)

[What is a man?](#)

[Warnung vor dem Boys-Day - Ideologische Umerziehung als Talententdeckung getarnt](#)

„Entdecke Deine Talente“ lautet der Slogan des Boys' Day.

Entdecke die Talente, die wir Dir zuweisen, wäre die richtige Bezeichnung, für diese widerliche und hinterhältige Indoktrinationsveranstaltung, vor deren Teilnahme wir nur warnen können. (...)

[Abtreibung ist weltweit Todesursache Nummer eins](#)

Krieg, Terror, Hungersnot? Nein, Abtreibung!

Nicht Krieg, Terror oder Hungersnöten fallen die meisten Menschen weltweit zum Opfer, sondern der Abtreibung, der Tötung des Kindes im Mutterleib. (...)

Die SPD-Jugendorganisation fordert die legale Tötung von Ungeborenen bis zur Geburt (Freie Welt berichtete). (...)

Aus dem Politbüro der Genderista

(...) „Das Land Niedersachsen finanziert Professuren an Niedersächsischen Hochschulen, die mit Frauen besetzt werden müssen. Das Männer-Diskriminierungsprogramm trägt den Namen „Maria-Goeppert-Mayer-Programm“. Maria Goeppert Mayer ist eine explosive Schutzpatronin, war sie doch sowohl an der Entwicklung der ersten Atombombe in Los Alamos als auch an der Entwicklung der ersten H-Bombe im Team von Edward Teller beteiligt. Wir haben dieses Beispiel des Missbrauchs von Namen Gestorbener, um derzeitige Programme der Diskriminierung zu bemänteln, zum Anlass genommen, um die Inhaberinnen entsprechender auf Basis von Diskriminierung und somit nicht durch Wettbewerb mit den Besten verteilten Professuren mit der Wahrheit über ihre Patronin zu versorgen (quasi eine Form verbaler nuklearer Sprengstoff).“ (...)

Spionageprojekt - BMBF finanziert Diffamierung von Wissenschaftlern

REVERSE ist ein Projekt, das seinem Namen alle Ehre macht. Es passt zur Rückkehr in autoritäre Strukturen, in denen Meinungen nur erlaubt waren, wenn sie denen, die sich für Obrigkeit gehalten haben, genehm waren. REVERSE ist ein Projekt, das vom BMBF mit einer Millionen Euro aus Steuergeldern finanziert wird. Das Geld wird eingesetzt, um individuelle Wissenschaftler zu diffamieren, als antifeministisch, als rechts, sie in eine Reihe mit Rechtsextremisten und in die Nähe von Antisemiten zu rücken. (...)

Deutsche Presse verschweigt bisher größten Wissenschaftskandal der Gender Studies

- Die (Un-) Wissenschaftlichkeit feministischer Gender Studies
- Die Bedeutung des Skandals
- Internationale Rezeption des Skandals
- Deutsche Rezeption des Skandals
- Quellen

Allen Kindern beide Eltern - Bundesweite DEMO

am 01.06.2019 um 13 Uhr

Treffpunkt: Hauptbahnhof, Domseite

Verschiedenes

Absurdität mit System in der deutschen Energiewende

In Bayern stehen zwei Gaskraftwerke der jüngsten Generation als Investitionsruinen herum. Trotzdem will einer der Betreiber am gleichen Standort noch ein drittes bauen. Verstehen kann man das nur vor dem Hintergrund der fehlgeleiteten deutschen Energiewende.

Die [Frankfurter Erklärung auf Twitter](#)

Beiträge des [Freitagsbriefes in 2018](#)

Die [Freitagsbriefe von 2017](#).

[Alle Freitagsbriefe](#) aus dem Jahr 2016.

Bitte dieses Feld leer lassen

Den Freitagsbrief abonnieren:

E-Mail *

[Datenschutzerklärung](#)

Datenschutz * Ich akzeptiere die Datenschutzerklärung.

Teilen:

Gefällt Ihnen unsere Arbeit?

Spenden Sie doch einen kleinen Betrag für
unsere Kaffeekasse!

Spenden



oder: [Überweisungsdaten.](#)